



Vertrauen zurückgewinnen – Mit ganzer Kraft für Bremen!

Debattenbeitrag des Arbeitskreises Netzpolitik und digitale Gesellschaft Bremen

Der Arbeitskreis Netzpolitik und digitale Gesellschaft (AKN) Bremen möchte mit nachfolgendem Beitrag zur Diskussion des 6-Punkte-Papiers von Carsten Sieling (Stand: 19. Mai 2015) beitragen. Das 6-Punkte-Papier enthält aus unserer Sicht bereits mehrere wichtige Ansätze, wie Digitalisierung einen Beitrag dazu leisten kann, die gesteckten Ziele zu erreichen.

1. Mit Arbeit der sozialen Spaltung entgegenzutreten

Arbeit bleibt der Schlüssel, um Armut und Ausgrenzung entgegenzutreten und um den Menschen ein möglichst selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen. Für eine zunehmende Zahl von Menschen wird Arbeit immer mehr zu einer Kommunikations- und Wissensaufgabe. Damit verändern sich auch die Anforderungen an die Arbeits- und Sozialpolitik. Die Entwicklungspotenziale, welche die Arbeit und Wirtschaft 4.0 bieten, sind bislang nur unzureichend für Bremen entwickelt worden. Hier müssen die Chancen für die Bürgerinnen und Bürger in Bremen ergriffen, Entwicklungen angestoßen und gefördert werden. Dabei gilt es insbesondere neue Formen der Arbeit, wie z. B. das Co-Working, zu fördern. In diesem Sinne soll ein SmartCity-Koordinator eingesetzt werden, um eine Allianz zwischen der bremischen Wirtschaft, Wissenschaft und Verwaltung zur Entwicklung einer intelligenten Stadt zu formen und Bremens Technologien zu einem starken Exportprodukt weiter zu entwickeln.

2. Qualität in der Bildung statt Strukturdebatten!

Das wirksamste Mittel, um Arbeitslosigkeit zu bekämpfen ist und bleibt Bildung. Auch hier verändern sich durch die digitale Revolution die Anforderungen an schulische Bildung, an Ausbildung und Studium. Dem muss durch Politik und Wirtschaft Rechnung getragen werden. Insbesondere im Bereich der niedrigqualifizierten Arbeiterinnen und Arbeiter gilt es, sich bietende Chancen zu ergreifen um etwa durch Qualifizierung eine Verbesserung der Arbeits- und Lebenssituation zu erreichen. Zu diesem Zweck soll ein digitales Weiterbildungszentrum mit Abschlussmöglichkeiten aufgebaut werden. Digitale Weiterbildung soll fester Bestandteil von Bildungsurlauben werden.

Im Bereich der Schulen soll das Prinzip der Lehrmittelfreiheit (OER) sowie der Einsatz moderne Medien und digitale Inhalte (z.B. Programmiersprachen) vermehrt zum Tragen kommen. Wissen ist heute nahezu jederzeit, überall und umfassend verfügbar. Umso wichtiger wird ein kompetenter und kritischer Umgang mit Informationen unter den Bedingungen der digitalen Informationsgesellschaft. Aus diesem Grund soll das Thema Medienkompetenz fester Bestandteil des Rahmenlehrplans werden. Inhalte und Werke im Besitz der öffentlichen Hand sollen grundsätzlich unter entsprechenden Creative-Commons-Lizenzen öffentlich zugänglich gemacht werden. Radio Bremen soll eigene Produktionen grundsätzlich unter Creative-Commons-Lizenzen verfügbar machen. Die Halbwertszeit für Inhalte im Internet soll abgeschafft werden.

3. Wohnungsbau für alle ankurbeln

Das Wachsen der Städte stellt uns vor große Herausforderungen. Infrastrukturen und kommunale Dienstleistungen müssen den sich verändernden Anforderungen angepasst werden. Dabei gilt es diese ökonomisch, ökologisch und sozial so weiterzuentwickeln, dass das Zusammenwirken und Zusammenleben von Menschen verbessert wird. Technologische Entwicklung soll eine zentrale Rolle dabei spielen knappe Ressourcen effizienter zu nutzen und die Lebensqualität der Menschen nachhaltig zu verbessern. Hierbei sollen insbesondere die Chancen der Digitalisierung für ein

selbstbestimmtes Leben im Alter herausgearbeitet werden um den Menschen ein längeres und sozial aktives Leben im eigenen Zuhause zu ermöglichen.

Freifunk und offenes WLAN sollen in Bremen flächendeckend gefördert und ausgebaut werden. Es soll eine digitale Bauakte eingerichtet werden, um den Bürgerinnen und Bürgern online einen zentralen Zugang zu allen baubezogenen Informationen und Vorgängen zu bieten.

4. Wirtschaftliche Infrastruktur verbessern - Wachstumskräfte stärken

Die wirtschaftliche Entwicklung in unserem Bundesland ist solide und eine Basis für Wachstum. Der Senat muss deshalb die Wachstumskräfte in den Bereichen moderner Dienstleistungen und digitaler Kompetenzen systematisch stärken. Der Senat soll das Flickwerk von Förderungen zu einer Bremer Förderinitiative zusammenfassen und eine Beratung aus einer Hand gewährleisten. Über ein Online-Portal soll ein zentraler Zugang zu allen Fördermöglichkeiten geschaffen und Investoren, Förderer und Gründer zusammengebracht werden. Allgemein sollen StartUps zentral und stärker gefördert und die Vernetzung mit Forschung und Lehre an den bremischen Hochschulen ausgeweitet werden. Zur Stärkung der digitalen Kompetenzen in Bremen soll die Wirtschaftsförderung eine Initiative zur gezielten Förderung zukunftssträchtiger IT-Unternehmungen auflegen.

5. Wir schaffen die Konsolidierung der Finanzen!

Angesichts der aktuellen Haushaltslage wird der Modernisierung der öffentlichen Verwaltung eine besondere Rolle bei der Sicherung der Handlungsfähigkeit unseres Bundeslandes zukommen. Neben Effizienzsteigerungen durch verbesserte Abläufe und Strukturen, lassen sich auch weitere langfristige Einsparpotentiale durch den verstärkten Einsatz von OpenSource Software in der Verwaltung sowie durch die Verwendung von offenen Standards verwirklichen. Zu diesem Zweck soll der Senat eine OpenSource Strategie für alle Bereiche der Verwaltung etablieren. Auch die (digitale) Kommunikation und Zusammenarbeit zwischen einzelnen Ressorts und Behörden sowie den Beiräten und der Bürgerschaft bedarf einer Verbesserung. Hier soll die sich durch den Generationenwechsel in der Verwaltung bietenden Chance gezielt genutzt werden. Leitbild bei aller Veränderung soll die Serviceverbesserung für die Bürgerinnen und Bürger sein.

6. Wieder für die Demokratie in Bremen und Bremerhaven begeistern

Die niedrige Wahlbeteiligung bei der Bürgerschaftswahl am 10. Mai 2015 offenbarte eine Akzeptanz- und Verständniskrise der Demokratie in Bremen und Bremerhaven. Die Aufgabe von Politik und Verwaltung wird es daher in zunehmenden Maße sein, mit den Bürgerinnen und Bürgern in einen konstruktiven Dialog einzutreten, der über eine reine Information über abgeschlossene Verwaltungsentscheidungen hinausgeht. Vor diesem Hintergrund soll der Senat die Partizipationsmöglichkeiten der Bürgerinnen und Bürger zwischen den Wahlterminen verbessern und somit eine aktivere Teilhabe am öffentlichen Leben ermöglichen. Die Zahl der Kontaktpunkte zwischen Bürgerinnen und Bürgern, Politik und Verwaltung soll erhöht und der (dialogische) Kommunikationsfluss in beiden Richtungen verbessert werden. Verwaltungsinformationen müssen den Bürgerinnen und Bürgern verstärkt online zugänglich gemacht werden. Bürgerinnen und Bürger sollen den Bearbeitungsstatus von Anträgen, Steuererklärungen, usw. über die Vorgangsnummern online verfolgen können. Der Senat soll darüber hinaus weitere Maßnahmen entwickeln um die Teilhabe der Bürgerinnen und Bürger zu stärken und Verständnis für den Verwaltungsvorgang etablieren. Für den Bereich der Beiräte soll ein zentrales, digitales Workflow-System zur verbesserten Zusammenarbeit unter einander und mit der Verwaltung eingerichtet werden.